

Sozialfälle: Abschiebekampf tobt

EMMEN. Der Wettkampf der Gemeinden, Sozialhilfeempfänger loszuwerden, nimmt immer groteskere Formen an. Emmen wehrt sich nun mit einem juristischen Trick.

Die Versuchung ist gross: Weil Sozialhilfeempfänger viele Gemeindebudgets stark be-

lasten, fördern gerade kleinere Gemeinden aktiv den Wegzug von Bezüglern. Die Folge: Die Sozialhilfekosten konzentrieren sich in den Städten und Agglomerationen. Dort wächst aber der Unmut über diesen Abschiebewettbewerb, wie der «Beobachter» in seiner heutigen Ausgabe berichtet.

Manche Gemeinden gehen sogar so weit, einen Wegzug

mit Beiträgen an die Mietkosten am neuen Wohnort zu fördern. Der Grenchner SP-Stadtpräsident Boris Banga hat deswegen im Frühling mehreren Zuzüglern die Anmeldung verweigert. Seine Begründung: Die Herkunftsgemeinden wendeten «Gangstermethoden» an. Die Luzerner Vorortsgemeinde Emmen treibt den Kampf nun auf die Spitze: Mit einem Trick ver-

sucht sie, nicht mehr für zugezogene Sozialhilfeempfänger aufkommen zu müssen. Private Pensionen, die Randständigen Zimmer vermieten, erklärt sie zu Heimen. Weil ein Heim nicht als Wohnsitz gilt, muss die Herkunftsgemeinde weiterhin bezahlen. Bezeichnend für den Abschiebekampf: Der «Heim-Trick» wird nun vor Gericht angefochten – und zwar von der Stadt Luzern.



Emmen wandte neuen Trick a